



Das Reichsbanner

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN

D 20179 F

Nr. 1

30. Jahrgang

März 1986

Bundeskonzferenz trifft Entscheidungen für die Zukunft

Am 25. Januar 1986 fand im Römer (Rathaus) der Stadt Frankfurt/Main eine ordentliche Bundeskonzferenz des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. statt. Über die Wahlergebnisse und die Sachentscheidungen wird an anderer Stelle dieser Ausgabe ausführlich berichtet.

„Das Reichsbanner darf nicht in seinen Traditionen verharren; es muß auf der Grundlage seiner Tradition seine Ziele und sein Handeln für die Zukunft entwickeln und bestimmen“. Auf dieser Basis haben die Delegierten der Bundeskonzferenz am 25. Januar 1986 ihre Entscheidungen mit Blick auf die Zukunft getroffen.

Das Reichsbanner darf nicht aussterben; es muß eine lebendige Organisation bleiben und die Jugend für sich gewinnen. Auch heute gilt es, unsere Demokratie, unsere Republik zu schützen. Die Frauen und Männer des Reichsbanner können Mahner und Handelnde zugleich sein. Es gilt, auf den Erfahrungen der älteren Kameradinnen und Kameraden aufzubauen und getreu unserer Satzung unsere freiheitlich demokratische Grundordnung gegen ihre Feinde von links und rechts zu verteidigen. Arbeitslosigkeit, besonders Jugendarbeitslosigkeit, wirtschaftliche Krisen, die Verschlechterung des Lebensstandards, Inflation, Preistreiberei, mangelnde Gelegenheit der Menschen, ihre Lebensverhältnisse am Arbeitsplatz, in der Schule, in der Freizeit mitzubestimmen, die Unzufriedenheit vieler Menschen mit und an der Umwelt bilden den Nährboden für den Faschismus und linksradikale Strömungen der heutigen Zeit.

Die Aufgabe des Reichsbanner wird es sein, an der Beseitigung des Nährbodens für Faschismus und Linksradikale mitzuarbeiten.

Wir kämpfen gegen Gewalt und Terror, Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und die Zerstörung der Umwelt.

Wir kämpfen für die Garantie der Menschenrechte, unsere freiheitlich demokratische Grundordnung, Frieden und Freiheit aller Völker.

K.H.J.



Walter Hesselbach, der neue erste Bundesvorsitzende des Reichsbanner

Grußwort von Walter Hesselbach

Den Kameradinnen und Kameraden des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., übermittele ich aus Anlaß meiner Wahl zum ersten Bundesvorsitzenden kameradschaftliche Grüße und gute Wünsche. Geboren und aufgewachsen in einem Frankfurter Arbeiterviertel, habe ich mich frühzeitig den Organisationen der Arbeiterbewegung anschließen können. Die Arbeit in der Sozialdemokratischen Partei, in der Arbeiterjugend, der Gewerkschaftsjugend und im Reichsbanner in den letzten Jahren der Weimarer Zeit hat mich geprägt. Die harten Auseinandersetzungen mit den Feinden der Republik, die bitteren Jahre der illegalen politischen Arbeit und die schwere Zeit des Krieges und der Kriegsgefangenschaft waren für meine Generation eine entscheidende Erfahrung.

(Fortsetzung Seite 2, Spalte 1).

Zwischen der Weimarer Republik und der Gegenwart liegt nunmehr eine Zeitspanne von über einem halben Jahrhundert. Ist es noch der Mühe wert – so mögen manche fragen – sich des Vergangenen zu erinnern und Traditionen lebendig zu erhalten? Ich halte es für unerlässlich. Die rechts- und sozialstaatliche Ordnung, die die Demokraten in allen großen Parteien nach dem Krieg gemeinsam mit den Gewerkschaften aufgebaut haben, ist kein gesicherter Besitz. Soziale Demokratie ist mehr als eine Anzahl von Verfassungsartikeln und gesetzlich verbrieft Bürgerrechte; sie lebt von der Bereitschaft des einzelnen, sich für das Gemeinwesen zu engagieren und den öffentlichen Meinungsstreit mit Vernunft, Respekt und gegenseitiger Toleranz auszutragen.

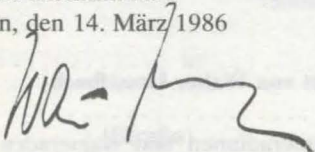
Die geschichtlichen Erfahrungen unseres Volkes sind hierbei von entscheidender Bedeutung. Nicht durch die Verklärung unserer Geschichte oder gar die Verdrängung des Schlimmen halten wir Tradition lebendig, sondern durch die kritische, unsere eigenen Versäumnisse und Fehler einschließende Betrachtung der Vergangenheit erfüllen wir unsere geschichtliche Aufgabe. Wir können aus unserer Geschichte nicht aussteigen, wir können aber aus ihr lernen.

Leerer Traditionalismus hemmt den gesellschaftlichen Fortschritt. Traditionslosigkeit aber beraubt uns der Orientierung für die Zukunft. Deshalb bleibt die Erfahrung der Arbeiterbewegung richtig: Traditionsbewußtsein und gesellschaftlicher Fortschritt bedingen sich gegenseitig.

Zur Geschichte des Reichsbanners können wir uns bekennen. Es gab Fehler und menschliche Schwächen; es gab aber noch mehr Mut, Solidarität und Opferbereitschaft.

Das Reichsbanner ist mehr als ein Denkmal für Geschichtsbücher. Es ist eine Einrichtung, in der heute Männer und Frauen zusammenarbeiten, um die wichtigen Einsichten der Geschichte wachzuhalten und weiterzugeben. Gerade in den achtziger Jahren brauchen wir überzeugende Visionen des menschlichen und sozialen Fortschritts, die uns Mut machen auf dem Weg in eine gerechtere und bessere Welt. Die zunehmende Polarisierung der demokratischen Parteien, die wachsenden Ängste der Menschen vor Arbeitslosigkeit, Umweltvernichtung und Friedensbedrohung, wiederauflebenden Antisemitismus, wachsende Ausländerfeindlichkeit sind für uns, 'für das Reichsbanner als Bund aktiver Demokraten', eine Herausforderung. Es gilt, die Gemeinsamkeiten der Demokraten stärker herauszustellen und die politische Debatte wieder auf das Wesentliche zu lenken. In diesem Sinne verstehe ich meine Aufgabe und grüße Euch alle, die alten Freunde und die Jungen, die sich uns anschließen.

Frankfurt am Main, den 14. März 1986



Reichsbanner Intern

"Das Reichsbanner" soll auch Informationen aus dem Leben der Ortsvereine und Landesverbände vermitteln und weitergeben. Zu diesem Zweck und zur Information über die Arbeit des Bundesvorstandes und die Darstellung von Konferenzbeschlüssen haben wir diese Seite geschaffen. Damit greifen wir eine in früheren Jahren geübte Praxis wieder auf.

Wir freuen uns über die Berichte der Ortsvereine und Landesverbände. Wir bitten aber schon jetzt um Verständnis für eventuelle redaktionelle Kürzungen der einzelnen Beiträge.

Die Redaktion

Bundeskonzferenz am 25. Januar 1986

Zur Bundeskonzferenz am 25. Januar 1986 hatte der bisherige Bundesvorstand frist- und sachgerecht die Delegierten der einzelnen Landesverbände einberufen. Der Bundesehrenvorsitzende Georg Prinz und die stellvertretenden Bundesvorsitzenden Siegfried Keiling und Fritz König konnten zu Beginn der Konferenz fast alle eingeladenen Delegierten herzlich begrüßen.

Aufgrund der finanziellen Lage des Bundes konnte die Konferenz nur mit einem Darlehen des Ortsvereins Frankfurt am Main gesichert werden. Dafür dankte Kamerad Prinz dem Ortsverein. Der Vorsitzende des Ortsvereins Frankfurt am Main, Kamerad Alfred Körner, sah die Hilfe als Selbstverständlichkeit an. In seinen kurzen Grußworten äußerte Alfred Körner den Wunsch, daß "jedes Mitglied dazu beiträgt, von dieser Bundeskonzferenz neue Impulse und eine positive Ausstrahlungskraft ausgehen zu lassen".

Nach der Konstituierung änderte die Bundeskonzferenz einstimmig die Bundessatzung und erkannte den "Freiheitsbund Berlin" als eigenständigen Landesverband an. Die Änderung der Satzung war aufgrund der jahrelangen Praxis ein formaler, aber wichtiger Akt.

Die Berichte des bisherigen Bundesvorstandes wurden zur Kenntnis genommen.

Nach den Wahlen und der Beratung der Anträge dankte der neugewählte stellvertretende Bundesvorsitzende Karl-Heinz Jungmann den ausgeschiedenen Bundesvorstandsmitgliedern Siegfried Keiling, Gerhard Hönig, Michael Mann-Kauert, Karin Mühling und Wolfgang Justinger für die von ihnen geleistete Arbeit. Kamerad Jungmann brachte die Hoffnung zum Ausdruck, daß diese Kameradin und Kameraden auch zukünftig aktiv für das Reichsbanner arbeiten.

Kurt Kelly

Wahlergebnisse

Geschäftsführender Bundesvorstand

| | |
|------------------------|--------------------------------|
| Vorsitzender | : Walter Hesselbach (Ffm.) |
| stellv. Vorsitzender | : Bodo Thomas (Berlin) |
| stellv. Vorsitzender | : Karl-Heinz Jungmann (Ffm.) |
| Schriftführer | : Kurt Kelly (Schlüchtern) |
| Schatzmeister | : Dr. Burchard Bösche (Ffm.) |
| Pressereferent | : Heinrich L. Bode (Dietzenb.) |
| Ehrenvorsitzender | : Georg Prinz (Hofheim/Ts.) |
| Ehrenvorsitzender | : Fritz König (Ffm.) |
| Stellv. Schriftführer | : Alfred Körner (Ffm.) |
| Stellv. Schatzmeister | : Maria Jülg (Ffm.) |
| Stellv. Pressereferent | : Karl Petermann (Ffm.) |

Das Reichsbanner
Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV), und des Freiheitsbundes e.V. Berlin.
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main.
"Das Reichsbanner" ist eine Publikation des Bundesvorstandes des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Reineckestraße 7, Postfach 10 18 44, 6000 Frankfurt am Main 1.
"Das Reichsbanner" erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 6,00 DM zuzüglich Versandkosten im Jahr.
Gesamtherstellung: Druckerei Industrierwerbung Nold, In der Römerstadt 12, 6000 Frankfurt am Main 50.
Redaktion: Karl-Heinz Jungmann (presserechtlich verantwortlich), Heinrich Bode (Pressereferent und Redakteur des Bundesvorstandes), Hartmut Schutz (Redakteur).
Anschrift des Verlages der Redaktion und des Vertriebs: Postfach 10 18 44, 6000 Frankfurt am Main 1.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.

Weitere Mitglieder des Bundesvorstandes sind:

Vorsitzende der Landesverbände Kraft Satzung

Richard Bech (Berlin)
Dietrich Westermann (Bremen)
Helmut Fölsch (Hamburg)

(Für Hessen erfolgt eine Neuwahl)

Rudolf Vohmann (München)

- ohne Stimmrecht -

Schiedskommission

Paul Stein (Frankfurt M.)
Fritz Funk (Frankfurt M.)
Rudolf Vohmann (München)
Heinrich Meissner (Bremen)
Willi Eid (Darmstadt)

Revision

Philipp Emmert (Frankfurt M.)
Albert Schmitt (Frankfurt M.)
Werner Röhre (Maintal)

Beschlüsse der Bundeskonferenz

1. Der Landesverband Berlin führt den Namen "Freiheitsbund Berlin".
Mit diesem Beschluß wurde der § 8 Ziffer 1 der Bundessatzung ergänzt.
2. Zur Überarbeitung der Satzung des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., wird eine Satzungskommission gebildet.
Alle vorliegenden Anträge zur Satzung werden an die Satzungskommission überwiesen.
Die Satzungskommission wird beauftragt, die Satzung des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., zu überarbeiten und dem Bundesvorstand binnen eines Jahres einen Entwurf für eine neue Satzung zuzuleiten.
Der Entwurf der neuen Satzung wird vom Bundesvorstand an die Landesverbände und Ortsvereine zur Diskussion und Stellungnahme zugeleitet. Für die Arbeit der Stellungnahme ist eine ausreichende Frist durch den Bundesvorstand festzusetzen.
Die zu dem Entwurf eingegangenen Stellungnahmen werden von der Satzungskommission gesichtet und gewertet.
Danach beruft der Bundesvorstand eine Bundeskonferenz ein, die über die neue Satzung beschließt.
Zu Mitgliedern der Satzungskommission wurden die Kameraden Jungmann, Kelly, Thomas, Vohmann und Bode gewählt.
3. Weitere Beschlüsse betreffen die Binnenorganisation des Reichsbanner. Sie werden an die zuständigen Stellen weitergeleitet oder vom Bundesvorstand abschließend bearbeitet.

Lichtbildervortrag "Eiserne Front"

Am 31. Mai 1986, 15.00 Uhr, führt der Ortsverein Frankfurt am Main im Haus Dornbusch seine nächste öffentliche Veranstaltung durch. Kamerad Friedel Funk hält einen Lichtbildervortrag (historische Aufnahmen) zu dem Thema: Reichsbanner, Arbeitersport und Gewerkschaften in der "Eisernen Front".

Wir werden einen eindrucksvollen Rückblick in die Weimarer Zeit erleben, jedoch auch Gegenwartsbezüge herstellen können.

Der Ortsverein Frankfurt am Main lädt alle Interessenten herzlich ein.

Briefe und Meinungen

Diese Rubrik soll eine ständige Einrichtung in unserem Publikationsorgan "Das Reichsbanner" werden. Wir erwarten Ihre Kritik, Ihre Stellungnahme, Ihre Meinung. Wir werden eine repräsentative Auswahl jeweils veröffentlichen, müssen uns jedoch Kürzungen vorbehalten. Wir werden auch unsere Meinung zu politischen Vorgängen, Entscheidungen, zu Wahlen und zu Sachverhalten dokumentieren und bestimmte Vorgänge kommentieren.

Die Redaktion

Konservative vorn

Die jüngsten Nationalwahlen in Frankreich brachten eine absolute konservative Mehrheit. Das wäre ein normaler demokratischer Vorgang, wenn da nicht noch eine rechtsradikale Partei (die Nationalisten) 10 Prozent der Stimmen erreicht hätten. Etwa den gleichen Anteil haben auch die Kommunisten erhalten. Zwanzig Prozent Wähler, die die Demokratie beseitigen wollen: da ist Vorsicht und Wachsamkeit der demokratischen Kräfte geboten.

In den Departements (Regionen) stellen in 20 von 22 die Konservativen die "Regierung". Oft gelang das nur mit Hilfe der Stimmen der Nationalisten und wegen der Tatsache, daß die Kommunisten eigene Kandidaten aufgestellt hatten.

Werden da nicht Erinnerungen wach?

Heinrich Bode

Kommentar

Der Reichsbund der Kriegsoffer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen hat die Sozialgesetzgebung der Bundesregierung verurteilt. Er fordert eine Gesellschaft der Mitmenschlichkeit und Solidarität mit Behinderten. Damit hat nach dem Deutschen Gewerkschaftsbund eine weitere mit großem Gewicht ausgestattete gesellschaftliche Organisation den Kampf gegen den Sozialabbau der derzeitigen Bundesregierung aufgenommen.

Arbeitslose, Rentner, Behinderte, Sozialhilfeempfänger, Ausländer und Frauen müssen von den Nachteilen befreit werden, die ihnen die Regierung aufbürdet.

Der Reichsbund weist zu Recht darauf hin, daß die Aufwendungen des Bundes für die Kriegsoffer in den letzten vier Jahren um 1,5 Milliarden DM gesunken sind und die Rechte der Schwerbehinderten bei Kündigung des Arbeitsverhältnisses und Zusatzurlaub nicht beschnitten werden dürfen.

Das sind jedoch nur Mosaiksteine des Sozialabbaues dieser Bundesregierung. Deshalb sind alle aufgefordert, dieser Politik gemeinsam entgegenzutreten.

Karl-Heinz Jungmann

Bücher, Bücher, ...

Adam Seide:

"Taubenkasper"

Von Kämpfen, Siegen, Niederlagen, Verstrickungen, Weimarer Republik und Zechenkolonie
Syndikat-Verlag

292 Seiten, kartoniert, DM 29,80

Dieses Buch ist dem Andenken des am 28. Juli 1932 am Rande von Königsborn von den Nazis ermordeten sechzehnjährigen Reichsbannermannes Fritz Ferkan gewidmet.

Die im Buch widerspiegelten Ereignisse der Zechensiedlung schildern sehr eindringlich die Weimarer Republik – und Weimar geht uns heute immer noch an.

Aus der Geschichte lernen

Eine Seite Geschichte, sie soll eine ständige Einrichtung in unserem Publikationsorgan "Das Reichsbanner" werden. Wir wollen unsere eigene Geschichte darstellen, die Eiserne Front beleuchten, an historische Daten erinnern, unseren Freunden Gelegenheit zur Selbstdarstellung geben und an Einzelerlebnissen den jüngeren Menschen die Möglichkeit bieten, aus der Geschichte zu lernen. Diese Seite soll zukünftig auch ein Forum für die Kameradinnen und Kameraden sein, die sich uns als Zeitzeugen für Berichte zur Verfügung stellen oder ihre Erlebnisse schriftlich an uns herantragen. Wir bitten um die Mithilfe aller Mitglieder des Reichsbanner und seiner Freunde bei der Gestaltung dieser Seite.

Am 31. März 1946, also vor 40 Jahren, wurde ein weiteres trauriges Kapitel deutscher Geschichte geschrieben. Dieses Datums und seiner Hintergründe wollen wir uns heute annehmen. Mit freundlicher Genehmigung der Redaktion des SM Sozialdemokrat Magazin drucken wir den Artikel "Zwischen Taktik und Täuschung" aus dem Heft 3/März 1986 nach.

Die Redaktion

Geschichte

Zwischen Taktik und Täuschung

Die Sozialdemokraten in der sowjetischen Besatzungszone

Vor 40 Jahren, am 31. März 1946, lehnten 82 Prozent der Sozialdemokraten in den Westsektoren Berlins bei einer Mitgliederbefragung die Vereinigung von SPD und KPD zur SED ab. Im Ostsektor und in der sowjetischen Besatzungszone wurde eine solche Urabstimmung verboten. Das klare Votum hinderte aber einige Sozialdemokraten nicht daran, an der Gründung der SED mitzuwirken. Sie ließen sich täuschen. Viele von ihnen sahen diesen Irrtum später ein, resignierten – oder flüchteten in den Westen.

Als amerikanische Truppen im April 1945 bis nach Thüringen vorstießen, ging die Leidenszeit für 21 000 Häftlinge im KZ Buchenwald zu Ende. Einer der Befreiten, der sozialdemokratische Jurist Hermann Brill, schrieb in jenen Tagen das "Buchenwalder Manifest", in dem es heißt: "Die Einheit der sozialistischen Bewegung ist unerlässlich." Brill warb für eine Arbeiterpartei, die sowohl Sozialdemokraten als auch Kommunisten umfassen sollte – eine Partei mit demokratischen Strukturen, kein verlängerter Arm der Sowjetunion. Brill konzipierte einen "Bund demokratischer Sozialisten" und wurde von den Amerikanern als erster Regierungspräsident in Thüringen eingesetzt. Doch schon am 16. Juli 1945, zwei Wochen nachdem die Amerikaner das Land Thüringen den sowjetischen Truppen überlassen hatten, begannen für Brill neue Verfolgungen. Er wurde abgesetzt, später auch verhaftet und eingesperrt. Die basisdemokratischen Vorstellungen von Brill vertrugen sich nicht mit dem Zentralismus der sowjetischen Besatzungsmacht. Brill konnte Ende 1945 in den Westen entkommen, wurde 1946 in der hessischen Landesregierung Staatssekretär, dann Bundestagsabgeordneter.

Wie Brill glaubte 1945 auch der Sozialdemokrat Gustav Dahrendorf an eine ehrliche Verbindung von SPD und KPD. Bereits im Februar 1946, also zwei Monate vor dem Vollzug der Zwangsvereinigung, erkannte Dahrendorf, daß die Sozialdemokraten nur als Gallionsfigur mißbraucht werden sollten. In seinem Abschiedsbrief an den "Einheits"-Befürworter Grotewohl schrieb er: "Lieber Otto! Für mich stehen die Dinge wirklich so: Hier (in der Sowjetzone) muß ich mich unterwerfen, drüben (in den Westzonen) sehe ich noch eine Aufgabe. Nichts von dem,

was ich tue, hat auch nur das geringste mit Fahnenflucht zu tun. Für mich steht die Fahne drüben." Dahrendorf ging mit seinen Söhnen Ralf (heute einer der FDP-Theoretiker) und Frank (ehemaliger SPD-Senator in Hamburg und Berlin) nach Hamburg, wurde Bürgerschaftsabgeordneter. Hermann Brill und Gustav Dahrendorf sind unmittelbar nach Kriegsende einen anderen Weg gegangen als Kurt Schumacher. Während Schumacher von Anfang an den Kommunisten mißtraute, glaubte ein anderer Teil der Sozialdemokraten an eine ehrliche Zusammenarbeit mit der KPD. Die Hitler-Diktatur sei nur möglich gewesen, so wurde argumentiert, weil es zu wenig Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Arbeiterparteien gegeben habe. Genährt wurden die "Einheits"-Vorstellungen auch durch den geschickt formulierten Gründungsauftrag der KPD vom 11. Juni 1945, in dem es hieß: "Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre." Die Begriffe Klassenkampf, Revolution und Marxismus kamen in diesem Aufruf nicht vor. Die sowjetischen Experten glaubten damals noch, bei einem raschen Organisationsaufbau und entsprechender russischer Hilfestellung könnte die KPD die größte Partei in Deutschland werden. Einerseits umwarb sie – im Gegensatz zur Weimarer Republik – den Mittelstand und die Kirchen, andererseits fand die KPD nie den Mut, die sowjetische Besatzungspolitik auch nur ansatzweise zu kritisieren. Die KPD galt daher schnell als "Russenpartei". Dagegen strömten die Menschen zur SPD. Vor allem im "roten Sachsen" konnte die SPD rasch Fuß fassen. Ende 1945 zählte die SPD in der sowjetischen Besatzungszone über 600 000 Mitglieder – mehr als in allen drei westlichen Besatzungszonen zusammengenommen.

Als im November 1945 die Kommunisten in Ungarn und Österreich vernichtende Wahlniederlagen hinnehmen mußten, war dies ein schwerer Schock für Stalin. Daher erging im Spätherbst die Weisung an die KPD, nun möglichst die Verschmelzung mit der SPD zu betreiben. Otto Grotewohl, der Vorsitzende des Berliner Zentralaussschusses der SPD, sträubte sich zunächst, setzte auf Verzögerungstaktik und gab schließlich nach. Der aus Braunschweig stammende Politiker wählte sich in einer historischen Schlüsselstellung: Er glaubte, auch nach der Vereinigung von KPD und SPD zur SED die Kommunisten zügeln zu können. Und er rechnete mit einem baldigen Abzug der sowjetischen Truppen aus Deutschland. Die Sowjetunion, so Grotewohls Fehlkalkulation, müsse ein Interesse daran haben, daß in den von ihr eroberten Gebieten stabile demokratische Verhältnisse herrschten, weil sonst ein Machtvakuum entstehe. Für eine Brückenfunktion im West-Ost-Verhältnis seien aber SPD-Politiker allemal besser geeignet als Kommunisten.

Tatsächlich wahrten die Sowjetexperten nach Gründung der SED etwa zwei Jahre lang den Anschein einer "Parität" zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten. Die SED bekannte sich zunächst zu einem "eigenen", "deutschen" Weg zum Sozialismus. Die Parteispitze hieß "Zentralsekretariat" und nicht etwa Politbüro. Statt Agitation und Propaganda lauteten die Begriffe "Schulung und Bildung". Schriften von Bebel und Kautsky erschienen in hoher Auflage. Im Jahr 1947 kam es sogar zu einem ganz außergewöhnlichen taktischen Winkelzug. Die Spezialisten der "Sowjetischen Militäradministration" nährten Spekulationen, wonach eine Widerzulassung der SPD in der "Ostzone" möglich sei. Die Vereinigung sei "übereilt" erfolgt. Bei ehemaligen Sozialdemokraten in der SED wurde vorgefühlt, ob sie für die Neugründung der SPD seien. Bis heute ist umstritten, ob diese Sondierungen seriös waren oder nicht. Tatsächlich wurden ab 1948 massenhaft ehemalige Sozialdemokraten in die Gefängnisse geworfen. Schritt für Schritt sind von 1948 an die ehemaligen Sozial-

demokraten von den Altkommunisten ausgebootet worden. Das läßt sich besonders deutlich an jener dreiköpfigen SED-Führung ablesen, die sich für die "Einheit" entschied: Grotewohl verlor den Machtkampf gegen Ulbricht und mußte in seinen letzten Lebensjahren Reden ablesen, die von Stalinisten entworfen waren.

Der Ex-Sozialdemokrat Max Fechner wurde 1949 erster Justizminister der DDR. Im Juli 1953 erfolgte seine Verhaftung. Die SED schloß ihn als "Feind des Staates und der Partei" aus ihren Reihen aus. Als einflußloser Mann ist Fechner in der DDR gestorben. Erich Gniffke, der 1945/46 ebenfalls zum SPD-Führungstrio gehörte, kam im Oktober 1948 zu dem Ergebnis, daß das "Experiment" der Vereinigung "gemacht werden mußte, daß es aber als gescheitert anzusehen ist". Gniffke flüchtete über West-Berlin nach Wiesbaden und wurde dort von seinem Freund Hermann Brill aufgenommen. Gniffke wurde SPD-Kommunalpolitiker in Daun (Rheinland-Pfalz) und starb 1964. Die Sozialdemokraten, die nach einigen Jahren SED-Mitgliedschaft in den Westen flüchteten – zu ihnen gehörten Ernst Thape (Bremen, Vater des Bremer Senators Moritz Thape), Willi Brundert (Oberbürgermeister von Frankfurt) und der Verleger Gustav Schmidt-Küster – hatten es in der Bundesrepublik nicht leicht. Warum, so wurden sie immer wieder gefragt, hatten sie sich täuschen lassen und nicht auf die Warnungen Kurt Schumachers gehört. Kein geringerer als Herbert Wehner, selbst 16 Jahre KPD-Mitglied, hat den irregeleiteten Sozialdemokraten seinen menschlichen Respekt bekundet: Sie befanden sich in einer Zwangslage und "wirkten in einem Stück mit, in dem andere die Kulissen bewegt und die Drähte gezogen haben". Wehner: "Wahrscheinlich ging es über menschliche Kraft, in dem von vier Mächten besetzten und innerlich zerrissenen Deutschland, in dem der 'Sozialdemokratismus' zum Prügelknaben unter verschiedenen Vorzeichen gemacht wurde, die in die Gewalt der sowjetischen Machtapparate geratenen Sozialdemokraten als politische Kraft zu retten."

Jochen Loreck

Nachrichten, Namen, Notizen

Herbert Wehner geehrt

Den Hans-Böckler-Preis 1985 des DGB erhielt Herbert Wehner. Er wurde als "Staatsmann der Arbeiterbewegung" geehrt. Die Feierstunde fand in einer Fabrikhalle in Dortmund statt. In seiner Rede bezeichnete der ehemalige Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion die Mitbestimmung der Arbeitnehmer als "Mitgift der Republik". Wehner empfahl "die Bauzeichnung der Demokratie in der Bundesrepublik zu studieren und nachzulesen, worauf sich die großen Kräfte in diesem Staat nach dem Krieg verständigt haben."

Vorgänge in Frankfurt am Main:

Kein Mittel der Politik

Scharf verurteilt hat der Deutsche Gewerkschaftsbund die tätlichen Angriffe gegen Oberbürgermeister Walter Wallmann beim Neujahrsempfang des DGB-Kreises Frankfurt 1986. In einer Stellungnahme des geschäftsführenden Bundesvorstandes heißt es:

"Tumulte und Handgreiflichkeiten sind kein Mittel gewerkschaftlicher Politik. Ganz im Gegenteil: Solche Aktionen diskreditieren unser Anliegen, die Streikfähigkeit der Gewerkschaften zu erhalten. Wir haben die besseren Argumente. Alle Beteiligten sind mit allem Nachdruck aufgefordert, dafür zu sorgen, daß sich solche Vorfälle nicht wiederholen."

Gleichzeitig hat der Deutsche Gewerkschaftsbund keinen Zweifel daran gelassen, daß der Arbeitnehmerprotest gegen die Verschlechterung des Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz rechtmäßig und notwendig ist.

Keine Frauen in die Bundeswehr

Gegen Absichten der FDP, Frauen den Zugang zum freiwilligen Dienst in der Bundeswehr einschließlich dem Dienst an der Waffe zu öffnen, hat sich der Deutsche Gewerkschaftsbund gewandt. Nach den Worten des Bundesvorstandsmitgliedes Irmgard Blätzel wird ihre Organisation allen Versuchen entgegnet, die entsprechenden Regelungen des Grundgesetzes zu unterlaufen. Sie verwies dabei auf die zuletzt noch von der 11. Bundesfrauenkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes bestätigte Auffassung der Gewerkschafterinnen, gegen jede Form des Frauenwehrdienstes – auch den freiwilligen Dienst von Frauen in den Streitkräften – tätig zu werden.

Wehrsold wird nicht angerechnet

Wehrsold oder Sachbezüge werden Eltern von Söhnen, die Grundwehrdienst leisten, nicht mehr auf den Ausbildungsfreibetrag nach § 33a des Einkommenssteuergesetzes angerechnet.

25 Jahre Zivildienst: Zeitzeugen gesucht

Am 1. Januar 1961 trat das Zivildienstgesetz in Kraft. Am 10. April 1961 wurden die ersten Zivildienstleistenden "eingezogen". Inzwischen haben über 300 000 junge Männer, die aus Gewissensgründen den Wehrdienst verweigert haben, ihren Zivildienst in Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen, bei Wohlfahrtsorganisationen und im Umweltschutz abgeleistet.

Dieses Jubiläum soll nicht einfach gefeiert werden, sondern die SPD will die unterschiedlichen gesellschaftlichen Einstellungen zum Zivildienst vor 25 Jahren und heute, die Erweiterung der Aufgaben und die physischen und persönlichen Probleme derjenigen würdigen, die Zivildienst geleistet haben. Die SPD bittet deshalb diejenigen, die im Jahr 1961 ihren Zivildienst, gleichgültig in welcher Einrichtung, angetreten hatten und bereit sind, darüber zu berichten, sich in Verbindung zu setzen mit: Jürgen Giebel, Referat Bildung und Jugend, SPD-Parteivorstand, Olenhauerstraße 1, 5300 Bonn 1, Tel. 02 28/532-362.

Sicherheitsgesetze

Abbau von Freiheiten

Nach Ansicht des DGB sind die von den Regierungsparteien geplanten Sicherheitsgesetze ein Abbau bürgerlicher Freiheiten.

Sie stellen auf den Kopf, was das Bundesverfassungsgericht zur informellen Selbstbestimmung des einzelnen festlegte und was in der Verfassung postuliert ist: Polizei, Justiz und Geheimdienste sind säuberlich voneinander zu trennen.

Die Gewerkschaft der Polizei befürchtet, daß das Vertrauen der Bürger in die Polizei restlos zerstört wird.

Alles in allem: Bürgerliche Freiheitsrechte werden zugunsten obrigkeitstaatlicher Schnüffelpraxis abgebaut.

Olof Palme von Nazis ermordet?

Die "Europäische Nationalsozialistische Union (ENU)" hat sich in einem Brief an die schwedische Nachrichtenagentur TT zu dem Mord an Ministerpräsident Olof Palme bekannt.

In diesem Brief wird der SPD-Vorsitzende Willy Brandt als "nächstes Opfer" genannt. Diese Gruppe (ENU) will die Welt von "sogenannten Staatsmännern" befreien, die dem Bolschewismus den Weg bereiten. Der neugewählte stellv. Bundesvorsitzende des Reichsbanner, Karl-Heinz Jungmann, forderte alle Demokraten auf "den nationalsozialistischen Umtrieben entschieden entgegenzutreten. Gewalt und Terror müssen von allen Regierungen gemeinsam bekämpft werden". Jungmann: "Durch den Tod von Olof Palme wurden wir alle ärmer. Wir haben einen Vorkämpfer für die Menschenrechte verloren".

Weniger Aufwendungen für Kriegsofper

In seiner Rede auf der bundesdeutschen Zentralkundgebung zum 27. Welttag der Behinderten forderte der Präsident des Reichsbundes der Kriegsofper, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen eine Gesellschaft der Menschlichkeit und Solidarität mit Behinderten. Präsident Hermann Meyer übte auch scharfe Kritik an der Sozialgesetzgebung der Bundesregierung. Zukünftig müssten wieder die einzelnen Betroffenen die Kosten ihres Schicksals tragen. So seien die Aufwendungen des Bundes für die Kriegsofper von 1982 bis 1986 um 1,5 Milliarden DM gesunken.

(Siehe auch Kommentar auf Seite 3).

Neues Recht für Hinterbliebene ab 1. Januar 1986

Mit dem neuen Recht sind Männer und Frauen im Hinterbliebenenrecht der gesetzlichen Rentenversicherung grundsätzlich gleichberechtigt.

Für Frauen, deren Ehe vor dem 1. Januar 1986 geschlossen wurde und deren Ehemann vor dem 1. Januar 1996 verstirbt, gelten Übergangsregelungen.

Eheleute, die beide bei Inkrafttreten dieses Gesetzes älter als 50 Jahre sind und deren Ehe vor Inkrafttreten dieses Gesetzes geschlossen wurde, können bis spätestens 31. Dezember 1988 durch übereinstimmende Erklärung gegenüber dem zuständigen Versicherungsträger erklären, ob im Hinterbliebenenfall das alte oder das neue Recht angewendet werden soll. Ausführliche Auskünfte erteilen die BfA, die LVAen, die Versicherungsämter und die jeweiligen Versichertenältesten. Diese Institutionen halten auch gute schriftliche Informationen vorrätig.

AUFNAHME – ANTRAG

Ich beantrage meine Aufnahme als Mitglied und erkläre mich bereit, einen Monats/Jahres-Beitrag nach Selbsteinschätzung - mindestens DM 2,00 monatlich -

DM monatlich/jährlich

zu zahlen. Die Aufnahmegebühr beträgt einen Monats- bzw. 1/12 Jahresbeitrag.

....., den 19
(In Block- oder Maschinenschrift erbeten)

Name:

Vorname:

Beruf/Stand:

geboren am: in:

Anschrift:
(Straße)

Plz-Ort:

Telefon:

RB-Zugehörigkeit bis 1933: seit in:
politisch, rassisch, religiös Verfolgter? (Zutr. unterstr.)

Antrag veranlaßt durch:

(Eigenhändige Unterschrift)

- 1. Vorstand zum Beschluß:
- 2. Nachricht an Antragsteller
- 3. Nachricht an Schatzmeister

Gewerkschaftskongresse und -tage 1986

Vom 25. bis 31. Mai 1986 findet in Hamburg der 13. Ordentliche Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes statt.

10. Ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft NGG vom 7. bis 12. September 1986 in Hamburg.

17. Gewerkschaftstag der IG Bergbau und Energie am 12. September 1986 in Duisburg.

15. Ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Textil-Bekleidung vom 5. bis 9. Oktober 1986 in Aachen.

13. Ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier vom 12. bis 18. Oktober 1986 in Essen.

15. Ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall vom 19. bis 25. Oktober 1986 in Hamburg.

18. Ordentlicher Bundeskongreß der Gewerkschaft der Polizei vom 11. bis 13. November 1986 in Mannheim.

Gewerkschaftstag der GEW vom 15. bis 19. November 1986 in Osnabrück.

15. Gewerkschaftskongreß der Deutschen Postgewerkschaft vom 23. bis 29. November 1986 in Nürnberg.

MITGLIED WERDEN !

Reichsbanner-Zeitung bestellen!

Bitte die ausgefüllten Formulare an:
Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Bund aktiver Demokraten e.V.
Postfach 10 18 44
6000 Frankfurt am Main 1

Datum:

Betritt: Zeitschrift DAS REICHSBANNER

Schicken Sie die Hefte an mich / uns ab Heft zum Jahresbezugspreis auch an:
von DM 6,- + Versandkosten – und unverbindlich ab Heft
(Nichtzutreffendes bitte streichen)

Vor- und Zuname: _____

Straße: _____

PLZ - Ort: _____

Unterschrift: _____